

Wien, 24. Juli 2019

Sperrfrist: 24. Juli 2019, 10:00 Uhr

Pressemitteilung

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2023

Solide Wachstumsaussichten für die österreichische Wirtschaft

Die österreichische Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumspfad. Für den Zeitraum 2019 bis 2023 erwartet das Institut für das reale Bruttoinlandsprodukt eine Zunahme um durchschnittlich 1,6 % pro Jahr, nach 1,8 % in den vergangenen fünf Jahren. Die heimische Wirtschaftsleistung sollte damit leicht stärker zulegen als die im Euroraum (1,4 %). Der private Konsum bleibt eine wesentliche Konjunkturstütze, während sich die Dynamik von Investitionen und Exporten aufgrund der verhaltenen Entwicklung der Weltwirtschaft voraussichtlich etwas abkühlt. Die Inflationsrate dürfte durchschnittlich gut 1 $\frac{3}{4}$ % betragen. Die Arbeitsmarktlage wird sich wahrscheinlich nicht mehr verbessern, sodass die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition mit 7,2 % am Ende des Prognosezeitraums auf einem hohen Niveau verharret. Positiv sollten sich die öffentlichen Haushalte entwickeln. Eine Status-quo-Fortschreibung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben ergäbe einen Budgetüberschuss, der zur Finanzierung einer Steuerreform verwendet werden könnte. Wirtschaftspolitisch verweist das Institut weiterhin auf die Notwendigkeit von Strukturreformen, um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft langfristig zu sichern.

Im Jahresverlauf 2018 hat sich die Konjunktur abgekühlt und die österreichische Wirtschaft ist auf einen verhaltenen Wachstumskurs eingeschwenkt. Das Institut erwartet für die Jahre 2019 bis 2023 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 1,6 % pro Jahr. Diese mittelfristige Vorausschau basiert auf der Juni-Prognose des Instituts und erweitert den Prognosehorizont bis zum Jahr 2023. Ausgehend von 1,5 % im laufenden Jahr sollte das stärkste Wachstum im Jahr 2021 mit 1,8 % erreicht werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung dürfte sich das Wachstum danach wieder etwas abschwächen und im Jahr 2023 1,4 % betragen. Mit 1,6 % fällt das erwartete mittelfristige Wirtschaftswachstum um knapp $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt schwächer aus als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre, es liegt aber etwas über dem im Euroraum (1,4 %).

Eine mittelfristige Wirtschaftsprognose verwendet als Anker das Produktionspotenzial, also die bei einer normalen Auslastung der Kapazitäten erreichbare Wirtschaftsleistung. Das Institut schätzt, dass sich das Wachstum des Produktionspotenzials in Österreich im Zuge der Hochkonjunktur beschleunigt hat und im vergangenen Jahr 1 ¾ % betrug, vor allem wegen der kräftigen Investitionstätigkeit der letzten Jahre. In den kommenden fünf Jahren wird sich das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten ein wenig auf 1 ½ % im Jahr 2023 abschwächen. Der Wachstumsbeitrag der Nutzung des Kapitalstocks sollte relativ stabil bleiben. Der Beitrag des technischen Fortschritts zum Potenzialwachstum, der während der Phase des niedrigen Wachstums infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise stagniert hatte, erhöhte sich zuletzt etwas, und diese Tendenz sollte sich fortsetzen. Hingegen dürfte die Alterung der Bevölkerung zur Folge haben, dass sich der Beitrag des Arbeitsvolumens etwas abschwächen wird. Der kräftige Konjunkturaufschwung hat zu einem merklichen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung geführt. Den Einschätzungen des Instituts zufolge war das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 um knapp 1 % höher als das Produktionspotenzial. Im Prognosezeitraum dürfte die tatsächliche Wirtschaftsleistung etwas schwächer expandieren als die Produktionsmöglichkeiten, und die Produktionslücke sollte sich allmählich verkleinern und im Jahr 2023 geschlossen sein.

Der Prognose liegt die Erwartung einer verhaltenen Expansion der Weltwirtschaft zugrunde. In den entwickelten Volkswirtschaften sollte das Wachstum merklich schwächer als in den vergangenen fünf Jahren ausfallen. In den OECD-Ländern dürfte die Wirtschaft im Durchschnitt um 1 ¾ % zulegen und damit um einen halben Prozentpunkt schwächer als in den vergangenen fünf Jahren expandieren. Dabei wird die US-Wirtschaft im Prognosezeitraum wohl ein durchschnittliches Wachstum von 1 ¾ % erzielen. Für den Euroraum wird ein Wachstum von knapp 1 ½ % pro Jahr erwartet. In den Schwellenländern bleibt das mittelfristige Wachstum im historischen Vergleich wohl moderat. Mit 5 ¾ % dürfte der Produktionsanstieg in China um einen Prozentpunkt hinter dem der vergangenen fünf Jahre zurückbleiben. Die Weltwirtschaft sollte somit um durchschnittlich knapp 3 ½ % pro Jahr zulegen.

Im Prognosezeitraum wird der private Konsum in Österreich mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1 ½ % voraussichtlich die wichtigste Konjunkturstütze bilden. Die weiterhin steigende Beschäftigung, Lohnzuwächse im Ausmaß der Produktivitätssteigerungen sowie eine stabile Preisentwicklung treiben die Realeinkommen an und sollten die Konsumententwicklung tragen. Im Laufe des Prognosezeitraums dürfte die Sparquote leicht fallen und im Jahr 2023 voraussichtlich 7 % betragen.

In den vergangenen fünf Jahren expandierten die Bruttoanlageinvestitionen äußerst kräftig, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten einen Boom. Im Einklang mit der Eintrübung der internationalen Konjunktur dürfte die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum merklich an Schwung verlieren. Einem möglichen Einbruch stehen aber die vergleichsweise hohe Kapazitätsauslastung sowie die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen entgegen. Somit erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Anlageinvestitionen um gut 1 ½ % pro Jahr. Dabei sollten die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen etwa im selben Tempo zulegen.

Die protektionistischen Tendenzen belasten den Welthandel zunehmend. Das Institut unterstellt, dass es zu keiner weiteren Eskalation der Handelskonflikte kommt. Vor dem Hintergrund der robusten Entwicklung der globalen Wirtschaft wird für den Welthandel daher eine durchschnittliche Ausweitung um knapp 3 % pro Jahr erwartet. Im Einklang mit der Dynamik der heimischen Exportmärkte werden die Exporte laut Prognose ebenfalls um durchschnittlich knapp 3 % expandieren. Wie schon in den vergangenen fünf Jahren sollten auch die Importe annähernd im gleichen Tempo zulegen (2 ¾ %). Von der Außenwirtschaft geht somit im Prognosezeitraum ein geringer positiver Wachstumsbeitrag von rund 0,2 Prozentpunkten pro Jahr aus.

Für die Jahre 2019 bis 2023 erwartet das Institut eine durchschnittliche Inflationsrate von 1 ¾ %. Von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen sowie den Lohnstückkosten sollten nur geringe preistreibende Impulse ausgehen. Laut Prognose bildet sich bis zum Jahr 2023 das Inflationsdifferenzial zum Euroraum vollständig zurück.

Aufgrund der Hochkonjunktur hat sich die Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren spürbar verbessert. Mit der Eintrübung der Konjunktur verlangsamt sich das Beschäftigungswachstum, welches im Prognosezeitraum durchschnittlich 1 % betragen dürfte. Dieser Zuwachs sollte gerade ausreichen, um das aus demografischen Gründen etwas langsamer wachsende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Folglich dürfte die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition im Prognosezeitraum bei gut 7 ¼ % stagnieren. Laut Eurostat-Definition wird die Arbeitslosenquote am Ende des Prognosezeitraums voraussichtlich gut 4 ½ % betragen.

Positiv stellt sich die Lage der öffentlichen Haushalte dar. Die Hochkonjunktur und die verringerte Zinsbelastung haben bereits im Vorjahr einen Budgetüberschuss von 0,1 % des BIP ermöglicht. Die Budgetprognose ergibt für die Jahre 2019 und 2020 ein Ansteigen des Überschuss auf 0,3 % bzw. 0,5 % des BIP. Damit dürfte auch der strukturelle Budgetsaldo positiv ausfallen und die europäischen Fiskalregeln dürften wohl voll erfüllt werden. Bei der Projektion der Budgetentwicklung wurden nur

Maßnahmen berücksichtigt, die bereits im Juni des laufenden Jahres beschlossen waren. Unter diesen Annahmen würde, trotz schwächerer Konjunktur, der Budgetüberschuss aufgrund der progressiven Ausgestaltung des Steuersystems bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 1 ½ % steigen. Diese potenziellen Überschüsse sollten aus Sicht des Instituts zur Finanzierung einer Verringerung der Abgabenbelastung verwendet werden. Ansatzpunkte sind insbesondere eine Senkung der im internationalen Vergleich hohen steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit, aber auch Maßnahmen im Bereich der Unternehmenssteuern sowie mittelfristig die Dämpfung der kalten Progression. Wünschenswert wäre jedenfalls auch eine stärkere Gewichtung ökologischer Aspekte bei einer Steuerreform.

Aus Sicht des Instituts sind aber auch Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik notwendig, um den Spielraum für nötige öffentliche Zukunftsinvestitionen, etwa in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung, zu erhöhen. Zusätzliche Ausgaben sollten immer vor dem Hintergrund ihrer fiskalischen Nachhaltigkeit beurteilt werden. Hierbei sind insbesondere die zukünftig steigenden Kosten der Alterung der Bevölkerung (Pensionen, Pflege, Gesundheit, aber auch ein potenzieller Fachkräftemangel) zu berücksichtigen. Weiterhin hält das Institut daher Strukturreformen, etwa in den Bereichen Pensionen, Finanzausgleich, Bildung und Gesundheit, für notwendig. Durch diese Reformen sollten die vorhandenen Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich gehoben werden. Österreich kann seine Rolle als Hochlohnstandort mittelfristig nur beibehalten, wenn Innovationen und der Aufbau von Humankapital stärker gefördert werden.

Die Risiken für die Entwicklung der Weltwirtschaft sind primär abwärts gerichtet. Das zentrale Risiko stellt eine weitere Zunahme des Protektionismus dar. Zusätzliche Handelsbeschränkungen würden den Welthandel merklich belasten und die internationale Arbeitsteilung erschweren. Neben den kurzfristigen Folgen für die Weltkonjunktur könnte dadurch auch das Produktionspotenzial der Weltwirtschaft reduziert werden. Ein weiteres Prognoserisiko stellen die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU dar. Ein starker Einbruch der britischen Wirtschaft oder deutlich verringerte Handelsbeziehungen aufgrund eines „harten“ Brexit würden die Wirtschaftsleistung im restlichen Europa merklich beeinträchtigen und auch mittelfristig zu Wohlfahrtseinbußen führen. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die Wirtschaft in den USA in eine Rezession fällt. Eine Eskalation der geopolitischen Konflikte könnte zu einer deutlichen Erhöhung der Energiepreise führen. Weiters könnte auch die in den letzten zehn Jahren weltweit deutlich gestiegene gesamtwirtschaftliche Verschuldung bei einer Verschlechterung der derzeit guten Finanzierungsbedingungen Turbulenzen auf den Finanzmärkten

auslösen; dies gilt insbesondere für die Schwellenländer. Andererseits könnte eine Lösung der Handelskonflikte die globale Wirtschaftsstimmung wieder verbessern und die Weltkonjunktur damit antreiben. Davon würde die heimische Wirtschaft besonders profitieren.

In einem Sonderkapitel der Prognose werden die Auswirkungen von Produktivitätssteigerungen durch die Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt diskutiert. Die rasant voranschreitende Entwicklung im Bereich von Informations- und Kommunikationstechnologien, künstlicher Intelligenz sowie immer günstiger werdende Anwendungen im Bereich der Automatisierung, insbesondere bei Industrierobotern, sind Triebkräfte der Produktivitätsentwicklung, die weiter an Bedeutung gewinnen werden. Der Einsatz digitaler Technologien wird nicht nur bestimmte Berufe und Tätigkeiten obsolet machen, sondern auch über Produktivitätsgewinne und Nachfrageeffekte die Beschäftigung in anderen Sektoren erhöhen bzw. gänzlich neue Tätigkeitsbereiche entstehen lassen. In den letzten 20 Jahren expandierte die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung Österreichs trotz starker Produktivitätszuwächse mancher Branchen. Während die Beschäftigung in den produktiven Sektoren der Landwirtschaft und Industrie rückläufig war, wurde die freigesetzte Arbeit im Dienstleistungssektor aufgenommen. Da vor allem der Einsatz von maschinellem Lernen (künstliche Intelligenz) nicht auf die produzierenden Sektoren der Wirtschaft beschränkt ist, betrifft der laufende digitale Wandel auch regelbasierte Routinetätigkeiten im Dienstleistungsbereich. Um einen reibungslosen Übergang zu komplexeren und neu entstehenden Tätigkeiten sicherzustellen, ist diesem strukturellen Wandel mit entsprechenden Bildungsmaßnahmen zur Stärkung allgemeiner Kompetenzen zu begegnen. Notwendig ist auch der verstärkte Einsatz von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen. Sollte es zu einem plötzlichen stärkeren Beschäftigungsabbau durch den digitalen Wandel kommen, könnte die Einrichtung einer „Digitalisierungsarbeitsstiftung“ erwogen werden.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2009–2013	2014–2018	2019–2023
Bruttoinlandsprodukt, real	0,3	1,8	1,6
Privater Konsum, real	0,7	1,0	1,5
Bruttoinvestitionen, real	-0,8	3,4	1,7
Bruttoanlageninvestitionen, real	-0,2	2,7	1,6
Ausrüstungsinvestitionen, real	1,4	3,8	1,6
Bauinvestitionen, real	-2,0	1,4	1,5
Inlandsnachfrage, real	0,4	1,7	1,4
Exporte i. w. S., real	0,9	3,6	2,9
Waren, real (laut VGR)	1,0	3,7	3,1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0,6	2,7	1,0
Importe i. w. S., real	1,2	3,6	2,8
Waren, real (laut VGR)	0,8	3,2	2,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1,9	4,4	1,1
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,7	1,5	1,0
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ¹	7,1	8,5	7,3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ¹	5,0	5,5	4,6
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,1	2,0	2,4
Preisindex des BIP	1,7	1,7	1,8
Verbraucherpreisindex	2,0	1,5	1,8
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ¹	-3,3	-1,2	0,9
3-Monats-Euribor ¹	0,8	-0,1	-0,2
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ¹	2,9	0,8	0,6

¹ absolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2014–2018	2019–2023
BIP, real		
Deutschland	1,9	1,3
Italien	0,9	0,5
Frankreich	1,4	1,4
Vereinigtes Königreich	2,1	1,3
Schweiz	1,9	1,6
USA	2,4	1,8
Japan	1,0	0,7
China	6,9	5,8
Polen	4,0	3,3
Slowakei	3,5	3,0
Tschechien	3,6	2,5
Ungarn	3,8	2,8
Slowenien	3,5	2,7
MOEL-5 ¹	3,8	3,0
Bulgarien	3,2	2,9
Rumänien	4,6	3,2
Kroatien	2,3	2,3
Russland	0,5	1,7
Euroraum	1,9	1,4
NMS-6 ²	3,9	3,0
EU-27 ³	2,1	1,6
OECD	2,3	1,8
Welt	3,6	3,4
Welthandel (Waren laut CPB)	2,9	2,9
Österreichische Exportmärkte	3,8	3,2
USD/EUR Wechselkurs ⁴	1,17	1,16
Rohölpreis (Brent, USD/barrel) ⁴	64,8	64,0

¹MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien ²NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien ³ohne Vereinigtes Königreich ⁴absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

Rückfragehinweise

2019 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com